

Es war in der Zeit, als der Westteil Berlins ein gefährdetes Eiland der Demokratie war. Die Rote Armee hatte ihre Heere wie einen Sperrgürtel um die Halbstadt gelegt. In Ostberlin saß eine bis an die Zähne bewaffnete Regierung, die nichts so sehr wünschte, als diesen Pfahl im Fleische zu beseitigen. In dieser Zeit führte das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) einen geheimen Propagandakampf, der dem Ziel diente, Westberlin von innen her zu destabilisieren. Die demokratischen Institutionen, die Bindungen zu Bonn und Amerika und nicht zuletzt die für die innere Sicherheit verantwortlichen Institutionen sollten desavouiert werden. Mit welchen Methoden die Stasi in jenen Jahren hineinwirkte, ist erst jetzt genauer zu erkennen, seitdem die geheimsten Archive der DDR der Forschung zugänglich sind.

In dieser Zeit erhielten Westberliner Polizeibeamte beispielsweise ein- oder zweimal im Monat eine Zeitschrift zuge stellt, die Missstände in den Berliner Sicherheitsbehörden anprangerte. Das Blatt mit dem Titel *Demokratische Polizei* sei – so konnte man darin lesen – das Organ einer Gruppe kritischer Polizeibeamter in Berlin, die sich 1954 zusammengeschlossen hätten, weil sie die Demokratie in Berlin gefährdet sähen. Aus gelegentlichen Zusammenkünften habe sich ein fester Zusammenschluss entwickelt, der bald mit der Herausgabe erster Publikationen begonnen habe. Das oppositionelle Polizistenblatt sorgte regelmäßig für Wirbel: Es zitierte aus internen Dienstbesprechun-

gen, berichtete, wenn ein Politiker nach einem Verkehrsdelikt nicht belangt worden war, vertrat lautstark die sozialen Belange der Polizisten. Darüber hinaus wandte es sich gegen die Bindungen Westberlins an die Bundesrepublik, plädierte für das „Recht der Westberliner Polizeibeamten zum Besuch ihrer Verwandten in Ostberlin“ und agitierte gegen die konservative Gewerkschaft der Polizei (GdP) oder die politischen „Quertreibereien der Westberliner CDU“. Selbst der *Tagesspiegel* rätselte seinerzeit, welche polizeiliche Gruppierung wohl hinter dem ungewöhnlich gut informierten Blatt stecken könnte.

In den Unterlagen des DDR-Staatssicherheitsdienstes kann man heute nachlesen, wer für das bis Anfang der siebziger Jahre erschienene Periodikum verantwortlich zeichnete: die Abteilung Agitation des MfS, die damit den „politischen Differenzierungsprozess innerhalb der Westberliner Polizei zu verstärken und die demokratisch gesinnten Polizeibeamten zu unterstützen“ suchte. Einem internen Bericht zufolge erschienen allein im Jahr 1964 einundzwanzig Ausgaben, insgesamt genau 53 846 Exemplare. Zusätzlich gab die Abteilung als „ständige spezielle aktive Maßnahme“ einen Rundbrief an die Ehefrauen der Beamten heraus, der angeblich vom „Frauen-Arbeitskreis“ der „Gruppe Demokratischer Polizeibeamter“ stammte. Unter dem flotten Titel *Berolina* beschwerten sich darin die vermeintlichen Ehefrauen über den dienstlichen Stress ihrer Männer, aus denen die

Polizeiführung „Roboter“ und „Polizeisoldaten“ machen wolle.

Maßnahmen wie diese waren kein Einzelfall im geheimen Propagandakampf der Stasi. Mit erstaunlichem Aufwand nutzte sie die Schwächen der offenen Gesellschaft, um konspirativ auf die Öffentlichkeit einzuwirken – durch fingierte Informationen, durch Inoffizielle Mitarbeiter (IM) oder durch ehrgeizige Journalisten, die von der Stasi geliefertes Material bereitwillig im Westen publizierten. Während anfangs die Abteilung Agitation dafür zuständig war, schuf sich Spionagechef Markus Wolf 1966 eine eigene Diensteinheit, die HVA-Abteilung X, die ausschließlich für „Desinformation“ und „aktive Maßnahmen“ zuständig war. Der einschlägigen Richtlinie zufolge dienten diese Maßnahmen dem Zweck, „feindliche Kräfte und Institutionen zu entlarven, [...] progressive Ideen und Gedanken zu verbreiten und fortschrittliche Gruppen und Strömungen im Operationsgebiet zu fördern“. Als „Operationsgebiet“ bezeichnete die Stasi den Westen.

In Westberlin boten sich für diese Arbeit besonders gute Ausgangspunkte. Hier reichte es, ein paar Stationen mit der S-Bahn zu fahren, und schon war man im Herzen des Klassenfeindes. Auch westliche Journalisten konnten bequem zu vertraulichen Treffs in den Ostsektor gelangen.

Gezielte Diskreditierung

Unterlagen aus der Gauck-Behörde zeigen zum Beispiel, wie der langjährige Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier durch die Stasi gezielt diskreditiert wurde. Der CDU-Politiker, der wegen seiner Beteiligung am Hitler-Attentat vom Volksgerichtshof zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, war der SED unter anderem deshalb ein Dorn im Auge, weil er den Bundestag immer wieder – angeblich „völkerrechtswidrig“ – in Berlin zusammentreten ließ. Über

Jahre hinweg suchte die Stasi Gerstenmaier als heimlichen Nazi-Propagandisten, Gestapo-Spitzel und Verräter zu diffamieren.

Seit Ende der fünfziger Jahre durchforstete der Staatssicherheitsdienst seine Archive nach Belastungsmaterial über Gerstenmaier aus der NS-Zeit, um es gezielt durch westliche Journalisten veröffentlichten zu lassen – ohne dabei über den Ursprung der Dokumente Auskunft zu geben. Eines der Sprachrohre war der Westberliner Korrespondent des SPD-nahen Pressedienstes „PPP“, Hartmut Bunke, der 1961 eine mehrteilige Serie mit Zitaten aus einschlägigen Unterlagen veröffentlichte. Bunke war eng leiert mit dem damaligen Kirchenexperten der Stasi, Hans-Joachim Seidowsky, der in Ostberlin das so genannte „Institut Wandlitz“ leitete – eine Art geheime Propagandaeinheit des MfS, das missliebige Kirchenfunktionäre aus Ost und West kompromittieren sollte.

Drei Jahre später erschien im *Spandauer Volksblatt* ein ähnliches Aktenkompendium über Gerstenmaier. Am Tag darauf frohlockte das SED-Zentralorgan *Neues Deutschland*, dass Gerstenmaier nunmehr „eindeutig vor der Öffentlichkeit als Handlanger der faschistischen Gewalt Herrschaft“ dastehe. Die Bonner CDU-Spitze verdächtigte damals Außenminister Gerhard Schröder als Urheber. Doch auch dieser Artikel beruhte auf einer Propagandamaßnahme der Stasi. Ein Kontaktmann des MfS hatte das Material dem inzwischen verstorbenen Journalisten Ansgar Skriver übergeben, der es dann – nachdem er sich zuvor mit den „maßgeblichen Leuten“ des SPD-Partei Vorstandes konsultieren wollte – an das *Spandauer Volksblatt* weitergeleitet hatte. Ein Vierteljahr später bat der Verlagsleiter des *Volksblattes*, Otto Peter Schasiempfen, die DDR vertraulich um weiteres Belastungsmaterial gegen Gerstenmaier und verlangte darüber hinaus auch Unterlagen gegen

den CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß.

In der Folgezeit erschienen immer wieder, auch in rechtsextremen Blättern, Artikel gegen Gerstenmaier, die ihn als Nazi kompromittieren sollten. Die Stasi indes suchte weiter nach Materialien, um ihn „zu einem geeigneten Zeitpunkt zu entlarven“, und konsultierte sich dazu sogar mit dem KGB. Im Januar 1969 hielt dann der *Stern* dem Politiker vor, dass er sich im Rahmen seines Wiedergutmachungsverfahrens ungerechtfertigt bereichert hätte – kurz darauf erklärte Gerstenmaier seinen Rücktritt.

„Tunnelverräter“ und Unterwanderung

Rathauskorrespondent des *Spandauer Volksblattes* war in dieser Zeit der einstige SDS-Landessekretär Walter Barthel, der als IM „Kurt“ für die Stasi arbeitete und an zahlreichen Propagandakampagnen der DDR mitwirkte. Im Dezember 1964 erhielt er beispielsweise den Auftrag, einen Artikel gegen einen geplanten Fluchthilfetunnel zu veröffentlichen, von dem die Stasi erfahren hatte. Nachdem es seine Zeitung abgelehnt hatte, sich als „Tunnelverräter“ zu betätigen, wandte sich Barthel an Egon Bahr, den Leiter des Senatspresseamtes. Den Stasi-Unterlagen zufolge bedankte sich Bahr bei Barthel und erklärte, „dass sie alles überprüft hätten, die Information auch stimmte und der Senat in der Lage war, dieses Unternehmen zu stoppen“.

Barthel war ein mit allen Wassern gewaschener MfS-Agent, der für die Stasi auch noch beim Verfassungsschutz anheuerte. Einer seiner Aufträge lautete, den aus der DDR geflüchteten stellvertretenden FDJ-Chef Heinz Lippmann auszuforschen. Bald verband ihn eine enge Freundschaft mit dem ehemaligen Auschwitz-Häftling. In einem mit Geheimschrift geschriebenen Brief an die Stasi schrieb Barthel im September 1963: „Ich

schlage vor, dass mithilfe des sowjetischen Geheimdienstes ein Plan entwickelt wird, Lipp[mann] im nächsten Frühjahr nach Ostberlin zu locken. [...] Ein öffentlicher Prozess gegen Lipp[mann] wäre doch gerade jetzt eine Köstlichkeit.“ Zwei Monate später empfahl er dem MfS, den Politologen Arnulf Baring bei einem Polen-Aufenthalt zu verhaften – als „Kompensation“ für einen zuvor in der Bundesrepublik verhafteten DDR-Journalisten.

Walter Barthel gründete 1966 die von Rudolf Augstein finanzierte Westberliner Wochenzeitung *Heute*, aus der später der *Berliner Extra-Dienst* hervorging. Beide Blätter waren von der Stasi massiv unterwandert: Barthel arbeitete als Geschäftsführer des *Extra-Dienstes*, Chefredakteur war Carl Guggomos, der vom MfS als IM „Gustav“ geführt wurde. Der *Extra-Dienst*, so enthüllten Stasi-Mitarbeiter nach der Wende, sei vom MfS „massiv gefördert“ worden und hätte „ohne unsere redaktionellen Beiträge und ohne unser Geld gar nicht leben können“.

Unterlagen der Stasi zeigen, wie das APO-Blatt vom MfS als geheimes Agitationsmittel genutzt wurde. Im Zuge der Proteste gegen den Verleger Axel Springer, die vom Zentralkomitee der SED unter anderem durch eine spezielle „Arbeitsgruppe zur Unterstützung der Anti-Springer-Kampagne“ unterstützt wurde, erschien Anfang 1968 eine Sonderausgabe, deren komplettes Konzept sich heute in einer Stasi-Akte wieder findet. In dem streng vertraulichen Papier informiert das MfS den Propagandachef der SED, Albert Norden, Wochen vor Erscheinen über den genauen Inhalt des Blattes, das in einer Auflage von einer halben Million Exemplaren erscheinen sollte. Das Hauptthema der ersten Seite, so heißt es darin beispielsweise, „muss auf jeden Fall auf die Volksverhetzung durch die Springer-Presse hinzielen, weil

das unser Hauptargument für die Enteignungs-Forderung ist“.

Eine besondere Rolle bei der Kampagne spielte der Ostberliner Journalist und Inoffizielle Mitarbeiter Hans-Joachim Kittelmann (IM „Christian“), der regelmäßig in den Westteil der Stadt kam, um die APO-Aktivistinnen mit Argumentationshilfen und Stasi-Material zu versorgen. Erst unlängst bestätigte der damalige Sekretär des Anti-Springer-Tribunals, Peter Schneider, wie Kittelmann ihn in seiner Wohnung aufgesucht und ihm ein dreißigseitiges Dossier gegen den Verleger ausgehändigt habe – was er jedoch „in die nächste Mülltonne“ geworfen habe. Dem *Extra-Dienst*-Mitarbeiter Hannes Schwenger übergab Kittelmann hingegen ein Dossier über angebliche „Nazis bei Springer“, das wenig später eine ganze Seite in der erwähnten Sonderausgabe füllte.

Auch bei den Protesten der DDR gegen die Bundespräsidentenwahl in Berlin im März 1969 leistete der *Extra-Dienst* nützliche Dienste. Im Schulterchluss mit der Sowjetunion wollte die SED damals ihrem Konzept einer „Freien Stadt West-

Berlin“ Nachdruck verleihen. Die Wahlmänner mussten eigens aus Westdeutschland eingeflogen werden, weil sie die Transitstrecken nicht benutzen durften. In einem Stasi-Plan zur Störung der Wahlen wurde in Abstimmung mit Markus Wolf festgelegt, den *Extra-Dienst* für eine „Kampagne von Meldungen und Artikeln gegen die Bundesversammlung und die Politik des Schütz-Senats und die Folgen für Westberlin“ zu nutzen. Sogar die „Herausgabe einer Sonderausgabe“ des Blattes beschloss die Stasi – wenig später wurde sie in Westberlin in hoher Auflage verteilt.

Mit Aktionen wie diesen versuchte der DDR-Staatssicherheitsdienst, die Frontstadt-Mentalität der Westberliner aufzuweichen. Gerade die Studentenbewegung bot sich in zentralen politischen Fragen – Anerkennung der DDR, Vietnam-Krieg, Notstandsgesetze – als Bündnispartner an. Nach und nach gelang es, die „kalten Krieger“, die bis dahin die öffentliche Meinung dominiert hatten, zurückzudrängen – und das Bewusstsein über den tatsächlichen Charakter der SED-Herrschaft allmählich einzuschläfern.

Bankrotterklärung

„Mit Terror kann man ein Volk in Schach halten, aber nicht gewinnen. Mit Befehlen kann man zwar Gehorsam, nicht aber Begeisterung auslösen. Chruschtschow und Ulbricht stehen in der Zone wieder an ihrem Ausgangspunkt, sie sind zu 1945 zurückgekehrt. Sie haben die Bankrotterklärung ihrer politischen Bemühungen um den von ihnen annektierten Teil Deutschlands unterzeichnet. Sie haben die letzten Reste eines ideellen Kommunismus eigenhändig liquidiert. Sie haben eine fragwürdige Sicherheit im Schutze von Militärs und Vopos gewonnen – und siebzehn Millionen Menschen in Deutschland verloren.“

(Fritz Schatten in *Die politische Meinung*, September 1961)